

Ärztinnen und Ärzte besorgt über gesundheitliche Gefahren von Mobilfunkantennen

Medizinische Fachleute weisen darauf hin, dass von Mobilfunkantennen gesundheitliche Gefahren ausgehen können und die Folgen der Langzeitexposition nicht erforscht sind. Im Sinne der Gesundheitsvorsorge fordern sie die Behörden auf, die von den Antennen ausgehende nichtionisierende Strahlung auf ein Minimum zu beschränken. Dazu soll das zuständige Departement alle interessierten Kreise zu einem runden Tisch einladen.

An einer am 4.11.99 in Luzern durchgeführten Fachtagung haben Wissenschaftler aus dem In- und Ausland darüber berichtet, dass sich in vielen Untersuchungen Hinweise für Wirkungen von nichtionisierender Strahlung im Niedrigdosisbereich finden. Mobilfunkantennen senden Strahlung aus, die auch in sehr niedrigen Dosen biologische Systeme und Zellen beeinflusst. Im Tierversuch konnte ein vermehrtes Auftreten von Krebs beobachtet werden. Untersuchungen der letzten Jahre zeigten eine Beeinflussung der Hirnstromkurven im Schlaf. "Elektrosensible" Menschen klagen unter dem Einfluss von elektromagnetischen Feldern über Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Ohrensausen und viele andere Symptome. Die Langzeiteffekte der Bestrahlung sind wissenschaftlich bisher nicht untersucht.

In der Schweiz werden im Moment die Mobilfunknetze massiv ausgebaut. Im nächsten Jahr ist die Vergabe neuer Konzessionen und damit der Bau weiterer Antennen zu erwarten. Angesicht des fehlenden Wissens über die Langzeitfolgen warnen die Ärztinnen und Ärzte vor diesem unkontrollierten "Grossversuch".

Die an der Fachtagung teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte zeigten sich darüber besorgt. Gestützt auf das Vorsorgeprinzip des Umweltschutzgesetzes forderten sie einen restriktiven Vorsorgegrenzwert. Außerdem soll ein nationales Mobilfunknetz erstellt werden mit dem Ziel, die Bestrahlung der Bevölkerung auf ein Minimum zu begrenzen. Die einzelnen Mobilfunkanbieter sollen dieses Netz gemeinsam nutzen. Dringend nötig ist der Aufbau eines nationalen Kontrollnetzes für nichtionisierende Strahlung und die Förderung von Studien zur weiteren Erforschung der akuten und insbesondere der chronischen Wirkung nichtionisierender Strahlung.

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz nehmen das Angebot zum runden Tisch der Mobilfunkbetreiber ernst. Diese Gespräche sollen jedoch unter der neutralen Führung des Departements von Bundesrat Leuenberger stattfinden, da sich in seinem Departement mit dem BUWAL und dem BAKOM die zwei für die Frage der Mobilfunkantennen wichtigsten Bundesämter befinden. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz erhoffen sich dadurch eine Annäherung der Standpunkte im Sinne eines vermehrten Gesundheitsschutzes. Sie fordern den Bundesrat auf, die Verordnung über die nichtionisierende Strahlung bis zu diesen Gesprächen nicht zu verabschieden.